Marxistisch-Leninistische
Partei Deutschlands - MLPD
Kreisleitung Nürnberg – Erlangen – Fürth
Adam-Klein-Str. 23, 90429 Nürnberg
www.bayern@mlpd.de

24.08.11

Erklärung der Kreisleitung der MLPD Nürnberg/Erlangen/ Fürth zum Kriminalisierungsversuch gegenüber Johannes Rupprecht

Am 17.08.2011 erhielt Johannes Rupprecht als Moderator und Anmelder der Montagsdemo Nürnberg von der Polizeiinspektion Mitte eine Aufforderung zur Durchführung einer erkennungsdienstlichen Behandlung. Darin heißt es: *"In der Ermittlungssache Vergehen gegen Bayerisches Versammlungsgesetz am 15.08.2011 in Nürnberg ist Ihre erkennungsdienstliche Behandlung (wie Abnahme von Finger- und Handflächen-Abdrücken, Fertigung von Lichtbildern, Messungen und Personen-beschreibung) f**ür die Zwecke der vorbeugenden Straftatenbekämpfung** gemäß § 81 b 2. Alternative StPO erforderlich."* Gleichzeitig wird Johannes die zwangsweise Durchführung dieser Maßnahme angedroht, falls er sich weigern sollte, freiwillig der Aufforderung nachzukommen.

Diese Aufforderung ist skandalös, einmalig, durch nichts gerechtfertigt, und stellt einen eklatanten Versuch der Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten dar. Sie bedarf deshalb einer eindeutigen Antwort der demokratischen Öffentlichkeit nach dem Motto „Wer einen von uns angreift greift uns alle an“! Johannes ist bekannter Marxist-Leninist, mehrmaliger Bundestagskandidat der MLPD in Nürnberg, Betriebs-ratsvorsitzender, Chemiefacharbeiter und Anmelder und Moderator der Montagsdemo Nürnberg seit 7 Jahren.

Was war passiert? Die Montagsdemo Nürnberg führte zu ihrem siebenjährigen Jubiläum eine Demonstration von der Lorenzkirche zur Veit-Stoß-Anlage durch, um dort diesen Anlass zu feiern. Das Ordnungsamt der Stadt Nürnberg hatte sich dabei nicht zum ersten mal eine Auflage ausgedacht, um die Demonstrationsfreiheit zu beschränken. Bei weniger als 50 Teilnehmern sollten die Demonstranten ihr Demonstrationsrecht nur noch auf dem Gehsteig wahrnehmen können. Diese „Glanzleistung“ der städtischen Behörden sollte wohl dem „Schutz“ des Straßenverkehrs dienen. Gleichzeitig wird im Bescheid an anderer Stelle ausgeführt: *„Der Fußgänger- und evtl. Marktverkehr darf nicht mehr als unumgänglich behindert werden.“* Widersprüchlicher können Auflagen wohl kaum noch sein. Johannes wies den polizeilichen Einsatzleiter auf diesen Widerspruch hin, und dieser gab schließlich die Straße frei, nachdem auch auf Seiten der Montagsdemonstranten keine Bereitschaft zu erkennen war, auf dem Gehweg zu marschieren, um sich mit dem Transparent, Sprechanlage und Fahnen durch den dichten Fußgängerverkehr mit Marktständen, Tischen und Bänken durchzwängen. Wie soll unter diesen Umständen auch noch eine geordnete Demonstration möglich sein? Das hatte wohl auch der Einsatzleiter erkannt, nicht ohne Johannes dabei darauf hinzuweisen, er werde ihn anzeigen? Dieses Verhalten ist genauso widersprüchlich wie der Bescheid selbst. Man könnte fast darüber schmunzeln angesichts eines sehr diensteifrigen Polizisten und eines noch eifrigeren Polizeibeamten, der schon einen Tag nach diesem Vorfall nichts wichtigeres zu tun hat, als die Fingerabdrücke und das Konterfei von Johannes zu sichern, wenn die Folgen nicht so

ernst wären. Sehr ernst sogar – den hier soll eindeutig ein unbescholtener Bürger kriminalisiert und in seiner Ehre herabgewürdigt werden; jemand, der seit Jahren sein politisches und soziales Engagement mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft verbindet, der 7 Jahre lang, Woche für Woche, für eine Demonstration oder Kundgebung gegen die unsozialen Hartz-4 Gesetze, gegen die Agenda 2010, gegen menschenverachtende Atompolitik und andere Ungerechtigkeiten verantwortlich ist – das ist genauso einmalig wie die Aufforderung der Polizei im negativen Sinne. Jemand, der sich in der MLPD organisiert hat, weil er weiß, dass der Kampf für die internationale sozialistische Revolution eine marxistisch-leninistische Partei braucht, die willens und in der Lage ist, diesen Kampf zu organisieren und zu führen. Dieses Engagement passt diesem Staat nicht, dessen Staatsdoktrin Antikommunismus ist. Da passt es gar nicht dazu, wenn solche Menschen wie Johannes Rupprecht nicht in das antikommunistische Klischeebild passen und jeden Tag beweisen, dass für sie Wort und Tat eine Einheit sind. Solche Politiker braucht das Land.

Hier geht es aber nicht nur um einen übereifrigen Polizisten. Solche Maßnahmen dürfen keine Schule machen und es muss sich deshalb ein breiter Protest dagegen entwickeln. Sie schränken die demokratischen Rechte und Freiheit nicht nur des Betroffenen ein, sondern haben darüber hinaus eine einschüchternde Wirkung für alle, die mit den Zuständen in diesem kapitalistischen System immer unzufriedener sind und deshalb Widerstand leisten. Sie sind es, die tendenziell durch solche Vorgehensweisen getroffen werden sollen.

Man braucht fast kein Wort zu verlieren, so eindeutig liegt es auf der Hand, dass für die Anordnung einer erkennungsdienstlichen Behandlung keine Rechtfertigung besteht. Also erheben Sie mit uns, den Genossinnen und Genossen von Johannes, und vielen anderen, die Stimme gegen diese Vorgehensweise, protestieren Sie dagegen und erklären Sie sich solidarisch.

Wir fordern:

Sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Johannes Rupprecht wegen Verstoß gegen das Bayerische Versammlungsgesetz!
Sofortige Rücknahme der Aufforderung zur erkennungsdienstlichen Behandlung!
Kampf gegen den Abbau und für die Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten.
Für ein uneingeschränktes Demonstrationsrecht auf antifaschistischer Grundlage!

Wir laden herzlich ein zu einer

Informationsrunde am 26.08.11 um 19 Uhr in unserer Landesgeschäftsstelle

in der Adam-Klein-Str. 23 in Nürnberg. Dort wollen wir u.a. diskutieren:

- **Warum in diesem kapitalistischen Staat ständig demokratische Rechte und Freiheiten abgebaut werden und der Staatsapparat faschisiert wird?**
- **Warum der Kampf zur Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten so wichtig ist?**
- **Wie kann sich die Solidaritätsbewegung weiter entwickeln?**

Solidaritätsadressen bitte an die unten stehende Adresse von Johannes Rupprecht schicken

V.i.S.d.P. und Kontakt: Johannes Rupprecht, Adam-Klein-Str. 17, 90429 Nürnberg, Tel. 0911/284525, E-Mail: johannes.rupprecht@t-online.de